



08.432 Parlamentarische Initiative

Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen

Eingereicht von: Marra Ada
Sozialdemokratische Fraktion
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Einreichungsdatum: 09.06.2008
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein mit dem Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden.

Begründung

Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen und aufhören, Menschen als "Ausländerinnen und Ausländer" zu bezeichnen, die keine sind. In der Schweiz geborene Personen, deren Eltern ebenfalls in der Schweiz geboren wurden und deren Grosseltern mehr als zwanzig Jahre ihres Lebens überwiegend in der Schweiz verbracht haben, sind keine Ausländer mehr. Die Mehrheit dieser Personen spricht die Sprache der Grosseltern nur mangelhaft oder gar nicht. Müssten sie in ihrem Herkunftsland einen Integrationstest machen, würden sie den Sprachtest auf keinen Fall bestehen. Die dritte Generation unterhält fast nur noch eine symbolische Beziehung zum "geheimnisvollen Land" der Grosseltern; sie sind dort bloss Touristinnen und Touristen. Unabhängig davon, wie ihr Alltag aussieht und welchen sozioökonomischen Hintergrund sie haben, spielt sich das Leben dieser Menschen in der Schweiz ab. Sie sind ein Teil der Schweiz.

Die Zahl der Personen, die zur dritten Generation zählen, ist noch unbekannt, da in den Statistiken nur der Prozentsatz der in der Schweiz geborenen Ausländerinnen und Ausländer angegeben (23 Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer) und kein Unterschied zwischen der zweiten und dritten Generation gemacht wird. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Aber kann man bei der dritten – und bald schon vierten – Generation wirklich noch von Einwanderern sprechen?

Kommissionsberichte

03.05.2013 - Staatspolitische Kommission des Nationalrates

01.04.2011 - Staatspolitische Kommission des Nationalrates

Bericht und Entwurf der Kommission

21.01.2015 - Stellungnahme des Bundesrates (BBI 2015 1327)

30.10.2014 - Bericht (BBI 2015 769)

Ratsunterlagen

Anträge, Fahnen



Chronologie

24.10.2008	Staatspolitische Kommission NR Folge gegeben
15.01.2009	Staatspolitische Kommission SR Zustimmung
17.06.2011	Nationalrat Fristverlängerung um zwei Jahre, d.h. bis zur Sommersession 2013.
21.06.2013	Nationalrat Fristverlängerung bis zur Sommersession 2015.

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration
BBI 2015 789

11.03.2015	Nationalrat	Beschluss gemäss Entwurf
10.09.2015	Ständerat	Eintreten. Rückweisung an die Kommission.
13.06.2016	Ständerat	Abweichung
13.09.2016	Nationalrat	Zustimmung
30.09.2016	Nationalrat	Annahme in der Schlussabstimmung
30.09.2016	Ständerat	Annahme in der Schlussabstimmung

Stand der Beratungen: Erledigt

Schlussabstimmungstext: BBI 2016 7581

Amtliche Sammlung: AS 2017 2643

Entwurf 2

Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz; BÜG) (Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration)

BBI 2015 791

11.03.2015	Nationalrat	Beschluss gemäss Entwurf
10.09.2015	Ständerat	Eintreten. Rückweisung an die Kommission.
13.06.2016	Ständerat	Abweichung
13.09.2016	Nationalrat	Abweichung
15.09.2016	Ständerat	Abweichung
27.09.2016	Nationalrat	Abweichung
28.09.2016	Ständerat	Zustimmung
30.09.2016	Nationalrat	Annahme in der Schlussabstimmung
30.09.2016	Ständerat	Annahme in der Schlussabstimmung

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum und wird, nach Annahmedurch Volk und Stände des Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration, im Bundesblatt veröffentlicht.

Stand der Beratungen: Erledigt





Amtliche Sammlung: [AS 2018 531](#)

Schlussabstimmungstext: [BBI 2017 3371](#)

Referendumsfrist: [10.08.2017](#)

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Staatspolitische Kommission NR (SPK-NR)

Staatspolitische Kommission SR (SPK-SR)

Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Weitere Informationen

Behandlungskategorie

IIIb

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (49)

[Aeschbacher Ruedi](#), [Allemann Evi](#), [Aubert Josiane](#), [Barthassat Luc](#), [Berberat Didier](#), [Bernasconi Maria](#), [Brunschwig Graf Martine](#), [Carobbio Guscetti Marina](#), [Donzé Walter](#), [Fasel Hugo](#), [Favre Charles](#), [Fehr Mario](#), [Fehr Jacqueline](#), [Fehr Hans-Jürg](#), [François Olivier](#), [Frösch Therese](#), [Fässler-Osterwalder Hildegard](#), [Genner Ruth](#), [Germanier Jean-René](#), [Gross Andreas](#), [Heim Bea](#), [Hofmann Urs](#), [Hämmerle Andrea](#), [John-Calame Francine](#), [Jositsch Daniel](#), [Kiener Nellen Margret](#), [Leutenegger Oberholzer Susanne](#), [Levrat Christian](#), [Lumengo Ricardo](#), [Moret Isabelle](#), [Müller Geri](#), [Neiryneck Jacques](#), [Nordmann Roger](#), [Nussbaumer Eric](#), [Pedrina Fabio](#), [Rechsteiner Rudolf](#), [Rechsteiner Paul](#), [Rielle Jean-Charles](#), [Robbiani Meinrado](#), [Rossini Stéphane](#), [Schenker Silvia](#), [Schmidt Roberto](#), [Stump Doris](#), [Thanei Anita](#), [Thorens Goumaz Adèle](#), [Tschümperlin Andy](#), [Voruz Eric](#), [Widmer Hans](#), [Zisyadis Josef](#)

Links

Weiterführende Unterlagen

[Amtliches Bulletin](#) | [Abstimmungen NR](#)

Weiterführende Links

[Vernehmlassung](#) | [Volksabstimmung vom 12. Februar 2017](#) | [Verhandlungen](#) | [Argumente \(PDF\)](#) | [swissvotes](#)

